

Nicht faul in der sozialen Hängematte!

Die Mär vom Migrant, der unseren Wohlfahrtsstaat nur als soziale Hängematte missbraucht, ist längst widerlegt. Zum Beispiel jüngst durch eine internationale IZA-Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, deren zentrale Forschungsergebnisse demnächst auch im *International Journal of Manpower* publiziert werden: Die Großzügigkeit sozialer Leistungen hat den aktuellen Analysen zufolge keinen wesentlichen Einfluss auf die Wanderung innerhalb der Europäischen Union.

Ein IZA-Forscherteam untersuchte für 19 europäische Länder von 1993 bis 2008, ob nationale Unterschiede bei der Arbeitslosenunterstützung die Migrationsentscheidung potenzieller Zuwanderer beeinflussen. Eindeutiges Ergebnis: Derartige öffentliche Hilfen spielen für die Migration innerhalb der EU keine Rolle. Die IZA-Studie zeigt vielmehr, dass die mobilen Arbeitskräfte innerhalb der EU zumeist über eine gute Ausbildung verfügen. Soweit unter Migranten ein höherer Anteil von Arbeitslosen festzustellen ist, hängt dies ursächlich eher mit einer falschen oder fehlenden Zuwanderungssteuerung zusammen und liegt nicht etwa in mangelnder Arbeitsbereitschaft der Zuwanderer begründet.

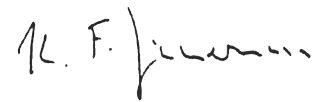
Das gilt auch im Hinblick auf die leicht gewachsene Zuwanderung aus EU-Staaten nach Deutschland im Zeichen der Schuldenkrise. Deshalb ist auch die jüngst getroffene Entscheidung der Bundesregierung richtig, gleiches Recht für alle neu zuwandernden EU-Bürger zu schaffen und ihnen nicht unmittelbar nach Einreise einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II einzuräumen. Bislang war dies nur für einige EU-Staaten der Fall, künftig wird die Regelung unter anderem auch für türkische Zuwanderer gelten. Was nach einer „Abschreckungsstrategie“ klingen mag, wird in Wirklichkeit den immer wieder kursierenden Unterstellungen, es käme zu einem Missbrauch von Sozialleistungen durch Immigranten, den Boden entziehen. Künftig wird dieses Vorurteil nicht mehr

als Vorwand dienen können, sich gegen eine nötige Arbeitsmigration zu sperren.

Empirisch ist es sogar eher umgekehrt, wie Berechnungen aus den letzten Jahren erneut zeigen. Danach haben die aus Steuern und Sozialabgaben von Ausländern resultierenden deutschen Staatseinnahmen jährlich die Transferausgaben an Ausländer mit rund 2.000 Euro pro Person deutlich überschritten. Die Hauptursache dafür ist die vergleichsweise günstige Alterstruktur dieser Bevölkerungsgruppe. Und darum ist es auch aus diesem Grunde völlig richtig, wenn wir zum Beispiel jungen Griechen, Spaniern, Portugiesen, aber auch qualifizierten Arbeitskräften etwa aus den arabischen Reformstaaten eine Job-Chance bieten, wenn sie bereit sind, die in unseren Unternehmen bestehenden personellen Engpässe auszugleichen.

Ein zusätzlich beschäftigter qualifizierter Zuwanderer erzeugt auch neue Nachfrage nach geringer qualifizierter Arbeit – etwa im Bereich einfacher Dienstleistungen. Im Ergebnis entstehen so im Umfeld jeder erwerbstätigen Fachkraft bis zu drei zusätzliche Arbeitsplätze für Geringqualifizierte.

Warum stoßen die objektiven Fakten immer wieder auf eine so große emotionale Abwehr? Weshalb die starke Opposition gegen Zuwanderung, obwohl deren volkswirtschaftlicher Nutzen, bei richtiger Steuerung, offenkundig ist? Vermutlich geht es bei jenen Ressentiments nicht nur um soziale Verlustängste, sondern um tiefer liegende Befürchtungen, das gewohnte kulturelle und soziale Umfeld würde sich negativ verändern. Diese Sorge müssen wir noch ernster nehmen als bisher. Auch das gehört zu den Aufgaben einer ökonomisch motivierten Zuwanderungspolitik.




Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
 Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223
 Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510
 E-Mail: compact@iza.org
 Internet: www.iza.org
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: IZA